

31.01.96

**Unterrichtung**  
durch die Bundesregierung

---

**Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Verlängerung der Ausnahmeregelungen des Bundes zugunsten der neuen Länder bei der Vergabe öffentlicher Aufträge**

Dr. Johannes Ludewig  
Staatssekretär  
im Bundesministerium für Wirtschaft  
Beauftragter der Bundesregierung  
für die neuen Bundesländer

Bonn, den 30. Januar 1996

An den  
Präsidenten des Bundesrates  
Herrn Ministerpräsidenten  
Dr. Edmund Stoiber

Sehr geehrter Herr Prsident,

mit Schreiben vom 15. Dezember 1995 haben Sie Herrn Bundeskanzler die am gleichen Tag gefaßte Entschließung des Bundesrates zur Verlängerung der Ausnahmeregelungen des Bundes zugunsten der neuen Länder bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (BR-Drucksache: 683/95) bermittelt.

Die Bundesregierung sieht sich jedoch außerstande, diesem Entschließungsantrag zu folgen und die Regelungen nochmals um ein weiteres Jahr bis Ende 1996 zu verlängern. Die zum Ende des letzten Jahres ausgelaufenen Regelungen sind bereits Gegenstand eines formellen Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Bundesrepublik Deutschland. Mit Schreiben der Eu-

ropäischen Kommission vom 21. November 1995 ist der Bundesregierung die „Mit Gründen versehene Stellungnahme“ nach Art. 169 EG-Vertrag zugestellt worden; dies ist der letzte Schritt vor einer Klage der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik vor dem Europäischen Gerichtshof. Eine solche Klage hat nach einhelliger Meinung meiner Fachleute alle Aussicht auf Erfolg und würde nur dem Ansehen Deutschlands bei den anderen Mitgliedstaaten und den Kommissionsdienststellen schaden; dies gilt es zu verhindern.

Ich selbst habe in einem Gespräch mit dem zuständigen Kommissar Monti am 27. November 1995 nochmals eingehend die besondere Lage der Wirtschaft in Ostdeutschland erörtert und dabei darauf hingewiesen, daß eine schematische Gleichbehandlung Ostdeutschlands mit anderen Regionen der Gemeinschaft den Tatsachen nicht gerecht wird. Im Gegenzug bekräftigte Kommissar Monti unter Hinweis auf die „Mit Gründen versehene Stellungnahme vom 21. November 1995“ nochmals die EU-rechtliche Haltung der Kommission und machte deutlich, daß der getroffenen Entscheidung eine sehr sorgfältige EU-rechtliche Prüfung vorausgegangen sei, die eine andere Bewertung nicht zuließe. Auch mein Vorschlag, die Regelungen zumindest nochmals um ein Jahr zu verlängern, wurde unter Hinweis auf geltendes Gemeinschaftsrecht abgelehnt.

Angesichts dieser klaren EU-rechtlichen Bewertung sieht die Bundesregierung keine Möglichkeit, der Entschließung des Bundesrates zu folgen und eine weitere Verlängerung der angesprochenen Ausnahmeregelungen zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

